

Gesamt-Gesamtlieferung mit Blatt, Sonderblättern, Germania und Welt" und der Amtsberichte „Für unter kleinen Freuden“, sowie den Zeitungen „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Handlung“, „Was steht Land?“ von Paulus Verlag und Preis.

Ausgabe A mit St.-Vernon-Blatt 4,- 20  
Ausgabe B ohne St.-Vernon-Blatt 3,- 20  
Bezugsnummer 104 Sonnabend u. Sonntagnummer 204.  
Hauptdruckstelle Dr. W. Debecht, Dresden.

Sonnabend, den 8. Oktober 1932

Verlagsort: Dresden  
Ausgegeben am: Die gehaltene Zeitung 20 J. Sammlungszeitung u. Zeitung 20 J. Die Zeitung 20 J. Sammlungszeitung u. Zeitung 20 J. Für Ausgaben außerhalb des Verbreitungsgebietes 20 J. die Zeitung 20 J. 20 J. Am Ende höherer Betrag erhält jede Veröffentlichung auf Lieferung sowie Fällung d. Ausgaben. Auflagen u. Zeitung d. Schwerpunkt Geschäftliches Teil G. Winkel, Dresden.

# Sächsische Pressezeitung

Wirtschaftsstelle, Deut und Verlag, Germany,  
Gedruckt und Verlag Dresden-N. 1, Postleitz. 17,  
Postamt 21012, Postgeschäft Dresden 1026, Bank  
amt Städtebau Dresden Nr. 94707.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mühle 1, Postleitz. 17, Postamt 20711  
und 21012.

## Deutsch=englische Annäherung?

Der Fortgang der Fühlungnahme in Genf — „Times“ für Deutschlands Gleichberechtigung

### Befürchtungen in Paris

Paris, 7. Oktober.

„Echo de Paris“ will heute über einen Stimmungsumschwung innerhalb der englischen Abfristungsdelegation berichten können. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Genfer englische Delegation, die noch vor etwa zwei Monaten durch ihre Zusammenarbeit mit Frankreich und Amerika die Annahme der bekannten Genfer Abfristungsentschließung ermöglichte, heute das Bestreben habe, sich aus dieser Verbindung mit den beiden Mächten zu lösen. Daraus folgt „Echo de Paris“, daß die englische Delegation jetzt größeres Entgegenkommen für die deutsche Abfristungsthese zeigen werde.

London, 7. Oktober.

„Times“ schreibt in einem Zeitartikel zu dem deutschen Gleichberechtigungsanspruch: Die jetzige deutsche Regierung hat in Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerinnen, die ihren Standpunkt mit immer größer werdender Festigkeit behundet hatten, gleiche Rechtsstellung gefordert — nicht zahlenmäßige Gleichheit, wohl aber die gleiche Stellung wie andere Länder in der Frage der Herstellung und des Gebrauchs der Waffen und der Verwendung der nationalen Streitkräfte.

Es herrscht Einvernehmen darüber, daß die deutsche Forderung im wesentlichen gerecht ist,

dass eine große Nation nicht für unbegrenzte Zeit in einer niedrigeren, besonderen und minderwertigen Stellung gehalten werden kann und daß in Zukunft alle Einschränkungen, die vorgenommen werden, freilich selen und den Begrenzungen, die andere Länder sich auferlegen, im allgemeinen entsprechen müssen. Somit sollte es möglich sein, jetzt eine Zusage abzuschließen, daß keine grundlegende Unterschiedsbearbeitung zwischen dem einen und dem anderen Unterzeichneten einer neuen Rüstungskonferenz gemacht werden würde. Die deutsche Regierung hat, wie vertraut, in ihrer Antwort auf die Einladung zur Londoner Zusammenkunft erklärt, daß die leichten Vorstellungen Großbritanniens und Frankreichs ihrer Forderung nach Gleichheit nicht genugtun. Es muß angegeben werden, daß

die Frage der verbotenen Waffen in keinem der Vorschläge von ihnen berücksichtigt wurde.

Weitere Verzögerung in der Behandlung der vollen deutschen Forderung kann nur das Gespenst des Weltkriegs herausbeschwören.

Sicher wäre es am besten, wenn die am meisten interessierten Mächte gemeinsam eine Formel entwirken, die Deutschland zur Abfristungskonferenz zurückbrächte, oder andernfalls den Beweis liefern, daß Deutschland überhaupt nicht den Wunsch habe, noch weiter an ihren Arbeiten teilzunehmen.

### Der französische Standpunkt

Paris, 7. Oktober. (C. M.)

Die Presse beginnt nunmehr damit zu rechnen, daß die Londoner Konferenz wahrscheinlich nicht zustande kommen wird. Die Schluß an einem Scheitern des englischen Planes wird der deutschen Regierung in die Schuhe geschoben. Der offizielle „Petit Parisien“ schreibt im Gegensaft dazu, es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich die französische Regierung, als ihr der Vorschlag Macdonalds unterbreitet wurde, wohl gehabt habe, ihn sofort zurückzuweisen, obwohl er wirkliche Gefahren in sich trug, sondern es vorzog, zunächst abzuwarten. Mit lebhafte Befriedigung — so heißt es in dem Bericht des Genfer Mitarbeiter des gleichen Blattes — habe man in Genf vernommen, daß die Konferenz, die Macdonald auf den 11. Oktober nach London einberufen hatte, verlängert wurde.

Diese Verlängerung wird es Paul-Boncour erlaubt, die Forderung des französischen konstruktiven Planes mit Energie zu betreiben,

und da die Völkerbundshauptversammlung frühestens Ende kommender Woche zum Abschluß gelinge, werden vielleicht die Besprechungen, die Macdonald nach London verlegen wollte, — und deren Richtigkeit niemals irgendein jemand bestritten hat — diesmal in ihrem wirklichen Rahmen, in dem des Völkerbundes in Genf, angebahnt werden können,

### Krise auf klassischem Boden

(Von unserem Vertreter)

G. J. Wien, 5. Oktober.

Nun sind zehn Tage seit dem Wahltag vergangen. Die Ergebnisse liegen vollständig vor, geputzt wurde bisher nicht — also kann man ein — vorläufiges — Urteil fällen. Laut wahlgerichtlicher Verlautbarung erhalten bei 1,4 Millionen abgegebener Stimmen folgende Parteien Mandate: Die Liberalen Venizelos 102; die Royalisten Valdatis 96; die Republikaner Raphanaris 15; die fortschrittliche Union Zavitsianos 11; die Kommunisten 9; die Arbeiter- und Bauernpartei Papantopulos 6; die Radikalnationalen Kondujlos 5; die Royalisten Metaxas 2; die Konservativen Republikaner Michalopoulos 1; schließlich 3 Unabhängige, davon ein Vertreter der griechischen Juden.

Mit dieser Verteilung ist genau die Lage eingetreten, die von Venizelos befürchtet, von unbelangten Beobachtern erwartet wurde. Den Venizelisten steht eine starke, allerdings unhomogene Mehrheit gegenüber, die nur einen Wunsch und ein gemeinsames Ziel kennt: den Sturz des greisen Kreters. Ihm traf sonach das griechische Scherbergericht genau so, wie am 14. November 1920, als er mit 114 gegen 250 Mandate der Opposition in der Minorität blieb. Damals feierte Venizelos dem Land, dem er soeben noch den Siegkriegen von Sevres (10. August 1920) gebracht hatte, den Rücken. Acht Jahre lang blieb Venizelos dem Vaterland und der Macht fern. Dann kam er wieder, griff nach der Macht, die ihm wie ein reifer Apfel in den Schoß fiel. Die Augustwahlen 1928tantzieren den Athener Putsch: von 250 Mandaten erhält Venizelos 220, sein Gegenpol Valdatis 19, obwohl Valdatis über 233.543 oder fast 24 Prozent der abgegebenen Stimmen verfügte, also genau die Hälfte der siegreichen Venizelisten aufwies, die 477.000 Stimmen oder 17 Prozent aufgebracht hatten.

Hat danach der Royalismus den Republikanismus besiegt? Auch diese Frage ist dem jeweiligen altrömischen Scherbergericht unterworfen. Vor acht Jahren wurde über die Frage der Staatsform ein Plebisitz vorgenommen: 690.000 Wähler stimmten für die Republik, 328.000 für die Monarchie. Vielleicht wäre es heute umgekehrt, wenn einmal Venizelos, Kondujlos, die Militärs unter dem Einfluß Gonatas, Plastiras und anderen Königsgegnern die Macht in Händen hielten! Das griechische Volk steht eben Abwehrung in der Staatsform, besonders aber in der Verlässlichkeit, welche die Macht ausübt und verkörpert. Jedenfalls haben die Royalisten Valdatis nicht nur einen numerischen Erfolg, sondern sogar einen moralischen Sieg errungen. Jedenfalls wäre auch der zahlenmäßige Erfolg noch größer, wenn der Staatsapparat nicht in den Händen Venizelos geruht hätte. Jedenfalls sind die Royalisten hochfreud und die Venizelisten betroffen, sogar bestürzt.

Was nun? Ohne Weisungen zu wollen, scheint eine Tatfrage bestimmt: Mit dieser Kammer wird niemand regieren können. Denn die Opposition braucht nicht einmal Obstruktion, sondern nur milde Sabotage der parlamentarischen Maschinerie einzuleiten, wie die „Prova“ ausführt, um der Regierung das Leben unmöglich zu machen. Doch Venizelos stellte bereits vor der Wahl fest, er denke nicht daran, das Ruder aus der Hand zu geben, selbst wenn die Partei die absolute Mehrheit erreichen würde. Venizelos wird daher versuchen, vor allem Raphanaris, diesen „Venizelisten ohne Venizelos“, zu gewinnen, Kondujlos und Zavitsianos zur wohlwollenden Neutralität zu bewegen — der Weg zu diesen Zielen kann nur über eine Kabinettsselbstkonstruktion führen! Trotzdem bisher der angestrebte Putsch ausblieb, scheint daher die Atmosphäre fernsweise zu entladen. So stellt sich die innere Lage Griechenlands nach dem Wahlgang dar.

Unkenpolitisch ist zu vermerken, daß sich an der Lage nicht viel ändern würde, ob nun Venizelos oder Valdatis regieren würden. Venizelos derzeitige Unpopulärheit hat ihren Grund in der Finanzlage, in der Wirtschaftskrise Griechenlands. Geld könnte nur Frankreich geben — Frankreich aber verfügt seit Jahr und Tag, weil Venizelos durch den griechisch-italienischen Paktabschluß vom 23. September 1928 sein Land dem italienischen Ostsektor eingliederte. Daß Venizelos anlässlich der Vertragsgespräche mit Jugoslawien (Belgrader Protokoll vom 11. Oktober 1928; Salonti-Aktie vom

## Sachsen und die Arbeitsbeschaffung

Mitteilungen der sächsischen Regierung — Der freiwillige Arbeitsdienst in Sachsen

Dresden, 7. Oktober.

Die sächsische Staatsregierung gab heute vormittag den Vertretern der Presse Gelegenheit, sich über den Erfolg der Verhandlungen zu orientieren, die die sächsische Regierung mit der Reichsregierung geführt hat wegen des sächsischen Anteils an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Nach den erhaltenen Informationen haben die Verhandlungen bisher zu folgendem Ergebnis geführt: Die sächsische Regierung mußte Wert darauf legen, daß die

Arbeitsstellen der Reichswasserstraßenverwaltung in Sachsen möglichst ausgedehnt würden, weil der Sächsische Staat finanziell durch diese Arbeitsstellen nicht belastet wird. Eingeleitet sind Arbeiten bei Posta, Blasewitz und Kötzschenbroda zur Regelung des Niederwassers und zur Befestigung der Ufer. Die sächsische Regierung strebt an, daß weitere Niederwasserregelungen bei Altmühl-Wörth und bei Görlitz ausgeführt werden. Ferner ist beantragt, die Kaimauer im Hafen von Niela wieder herzustellen und einige weitere Arbeiten vorzunehmen. Es besteht Aussicht, daß wenigstens ein Teil dieser hoffnungsvollen Erfolg hat. Die vom Reichsernährungsministerium ursprünglich vorgesehene 500.000 RM für

### landwirtschaftliche Maßnahmen

werden aus dem 2. Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches ausnehmbar auf rund 4 Millionen RM erhöht werden. Dabei wird in erster Linie Fluhregulierungen zur Verbesserung oder zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen vorgelebt. Räumlich sollen in den landwirtschaftlichen Flachlandgebieten im Norden und Osten Sachsen, insbesondere in den Amtsgerichtsbezirken Großenhain, Kamenz, Bannewitz und Löbau, umfangreiche Fluhregulierungen vorgenommen werden. Nach dem

### Landstraßenbauprogramm

des Reichsverkehrsministeriums sollen im wesentlichen nur Arbeiten ausgeführt werden, die den großen Fernstraßen-

verbindungen dienen kommen. Dem ersten Landstraßenbauprogramm der Reichsregierung in Höhe von 60 Millionen schloß sich ein zweites Programm von 40 Millionen RM an. Schließlich wurden auch Mittel für besondere Einzelmaßnahmen bereitgestellt. Zur Ausübung genommen ist, aus diesen Mitteln zunächst die Vollendung der Schildbachsperre der Stadt Chemnitz bis August 1933 zu ermöglichen. Ferner soll das große Projekt der Wasserförderung Mittelflaß durch ein Teilstück angeholt werden, in dessen Rahmen die Weißeritz in Kreisital reguliert und Belebungsanlagen in Kreisital hergestellt werden sollen. Die Projekte des Staates umfassen schließlich noch ähnliche Regelungen größerer Ausmaße; jedoch sind die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen.

Das Betreiben der sächsischen Regierung war es, seitens des Reiches eine der durch Umfang und Länge der Erwerbslosigkeit besondere Notlage des Landes entsprechende Unterstützung und Hilfe zu erhalten. Viegt doch die Arbeitslosenlast Sachsen 62 Prozent über dem Reichsniedrigschiff. So erwies sich die Beteiligung Sachsen am 1. Arbeitsbeschaffungsprogramm als völlig unzureichend. Von insgesamt 135 Millionen RM des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches entfielen auf Sachsen 6.221.000 RM, also noch nicht ein 1/10 der für Arbeitsbeschaffung bereitgestellten Summe. Daß es mangels Verständigung Sachsen bei der Vergabe der Mittel aus dem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm mehrere nachdrückliche Vorstellungen bei den Reichsbeamten nötig, in denen erneut auf das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Sachsen hingewiesen wurde.

Von besonderem Interesse waren außerdem noch die Ausführungen, die der Präsident des Landesarbeitsamtes Schulze, der vormalige Beauftragte für den freiwilligen Arbeitsdienst in Sachsen ist, über den

Gang und Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes mache. Nachdem gewisse Verbände, die sich anfangs abwährend (Kritik und Kritik der nächsten Seite.)